

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage 2 Pfennig, Wochenblatt 80 Pf.
Zurück des Postbezugs 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Coblenz-Region 3.00. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Poststraße 14, U. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Poststraße 14, U. Tel. 1769.
Verlagsstempel von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zusätze werden die Gehaltene Zeitungen mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsangelegenheiten 25 Pf. Zusätze müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voranz zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 141.

Dresden, Sonnabend den 21. Juni 1913.

24. Jahrg.

Die Landesversammlung.

Wie alle Jahresversammlungen der sächsischen Sozialdemokratie, so soll auch die in Plauen zunächst eine Städte- und dann eine Kreisversammlung sein. Wir wollen feststellen, was wir in dem verflochtenen Jahre erreicht und wie wir unsern Kampf im kommenden einzuschlagen haben.

Nun, ein Rückblick gibt uns keinen Anlaß, die Plauer Tagung mit Siegeschreien einzuleiten. Es sind keine übermäßig großen Erfolge anzuführen, wie im vorigen Jahre, wo uns die wärmenden Strahlen der Reichstagswahlresultate umlagerten. Die Tagung beschränkte sich auf die gewaltige Aufgabe, die wir uns durch die Wahl zum Reichstag gestellt hatten, sondern auch neue Mitglieder und Abonnenten für unsere Presse. Nach einem solchen Riesensprung nach vornwärts, der zum guten Teil der Begeisterung zu danken ist, muß in der Regel mit einem Rückschlag gerechnet werden, denn bei vielen Leuten hält das Glück nicht so lange vor wie die Begeisterung. Wir haben auch einen Rückschlag erwartet. Doch ist ein solcher kaum eingetreten. Die Mitglieder der politischen Organisationen haben sich, wenn auch in bescheidenem Maße, weiter bemüht. Die Jugendorganisationen sind innerlich gefestigt und auch durch Zuwachs gestärkt worden. Die Abonnentenziffer unserer Presse wurde allerdings vorübergehend durch den alljährlich einsetzenden sommerlichen Abgang etwas beeinträchtigt, aber doch nicht so, daß man von einem Rückschlag reden könnte. Dazu kommt, daß sich die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorstände stark vermehrt hat und damit über unsern Einfluß in den kommunalen Parlamenten gewachsen ist. Wir können mit dem verflochtenen Geschäftsjahr, das übrigens ja nur neun Monate umfaßt, immerhin zufrieden sein. Auf glänzende Fortschritte dürfte kein Anspruch zu machen sein; aber die Erfolge haben in einigen Punkten die Erwartungen noch übertraffen.

Die zur Beratung stehenden Punkte beschäftigen sich zum größten Teil auch mit bereits verflochtenen Klängen und Arbeiten. Nach dem Geschäftsbericht wird der Bericht der Landesversammlung erachtet; über die Tätigkeit unserer Genossen bei der Beratung des Gemeindesteuergesetzes im Landtage wird ebenfalls berichtet werden. Alles verflochtene Schaffen. Es wird darüber kaum zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen. Man wird zugeben müssen, daß unsere Abgeordneten getan haben, was möglich war und in ihren Kräften stand. Man soll prüfen, ob die Taktik unserer Landtagsabgeordneten die richtige war, und man wird schließlich zugeben müssen, daß sie nur die durch die Verhältnisse und unser Programm gebotene war.

Auch das Referat des Genossen Seeger über die Gemeindevorstände wird eine wichtige Frage sein. Die Wahl zum Reichstag wird sich zum großen Teil mit verflochtenen Wahlrechtsveränderungen befassen, zugleich aber die Frage aufwerfen müssen, was dagegen zu unternehmen sei. Wir haben es hier mit einer äußerst wichtigen Frage zu tun, die eine Gemeinde nach der anderen vorgenommen hat und die aufsehenerregend noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Das ist eine äußerst wichtige Frage. Wir sehen, daß man in Bayern, Württemberg und zum Teil auch in anderen deutschen Staaten die kommunalen Wahlsysteme in fortschrittlichem Sinne geändert und den Einfluß des Volkes auf die Gemeindepolitik erweitert hat. Bei uns unternehmen die Herrschenden das Gegenteil. Rückwärts, rückwärts auf Kosten der kommunalen Demokratie, das ist hier die Lösung einer Reaktion, die besonders von Konservativen, Nationalliberalen und lokalen landwirtschaftlichen Gewaltgebern gepflegt wird. Es wiederholt sich hier hundertfach die Schmach, die man 1896 bei der Verabschiedung des Landtagswahlrechts am Sachsenhofe vollzogen hat — vielleicht mit einer kleinen Modifikation: damals hieß die Lösung: hinaus mit den Sozialdemokraten, eliminiert sie aus den öffentlichen Körperschaften; jetzt will man uns die Wahl zum Reichstag hinausdrängen, man will uns mitreden lassen, aber verhindern, maßgebenden Einfluß ausüben zu können. Eine Art Mittelweg der Reaktion ist eingeschlagen worden. Vielleicht aus zweierlei Gründen: Einmal will man das Recht der Arbeitervertreter nicht entziehen, andererseits mag man die alljährliche Ausschließung nicht. Die Herrschenden fürchten das böse Blut, das durch eine absolute Entziehung herzufließen würde. Man glaubt ohne größere Erregung die Wahlrechtsänderung vornehmen zu können, wenn eine Minderzahl sozialdemokratischer Vertreter zugelassen wird.

Und fast scheint es, als wäre diese Spekulation richtig. Denn wir haben alle Ursache, uns zu fragen, ist alles getan worden, was möglich und nötig war, solche Wahlrechtsänderungen zu verhindern? Wir wollen hier nicht untersuchen, ob die Parteioptionen der einzelnen Orte in jedem Falle ihre Schuldigkeit getan haben. Dagegen ist es eine Tatsache, daß oft die breite Masse der Wähler die Entziehung nicht mit der erforderlichen Würde abgelehnt hat. Es mag schwer sein, eine hinterlistige Protestbewegung in einem einzelnen Orte, oft mit nur wenig Hundert

Einwohnern, zu erzeugen, aber man hat doch das Gefühl, daß mehr hätte getan werden können. Und alle Genossen stimmen wohl einmütig darin überein, daß in Zukunft mehr getan werden muß. Und diese Seite der Sache macht den Punkt Gemeindevorstandsbewegung zugleich zu einem Zukunftspunkt von größter Bedeutung. Es gilt, dem Vorbringen der Reaktion ein halt zu gebieten, es gilt, womöglich auf einmal die Offensive in der Frage des Gemeindevorstandes zu ergreifen. Wir sind uns keinen Augenblick darüber im Unklaren, daß wir uns damit eine schwere Aufgabe stellen. Wir dürfen dabei aber nicht zurückweichen. Mit Klugheit wollen wir beraten über die einschlagenden Wege, mit Zähigkeit den Kampf führen, bis wir auch hier die Wahlrechtsänderung überwinden haben.

Im Gegensatz zu früher, werden wahrscheinlich auf der Plauer Tagung die Beratungen über die gestellten Anträge einen breiteren Raum einnehmen. Es liegen ihrer nicht viel vor, aber sie sind zum größten Teil beachtlich. Wir haben da zunächst nicht die Chemnitz-Forderung für Zulassung der Doppelmandate im Auge, die sicher auch noch eine längere Debatte einleiten wird, über die aber bereits so gut wie entschieden ist. Es war eine ins Wasser Anweisung, als sie von den Chemnitzern mehr aus Zufall wieder aufgenommen wurde. Für bedeutsamer für die kommende Tagung halten wir den Antrag auf Einführung von Unterrichtskursen in ländlichen Gebieten. Damit würde nichts Neues geschaffen, nur bereits Geübtes weiter ausgedehnt. Wir glauben aber, daß Unterrichtskurse bei den auf dem Lande wohnenden Genossen sehr fruchtbar sein könnten, wenn sie populär gestaltet werden. Genossen, die nicht so wie wir Großstädter, durch hundert Angelegenheiten in Anspruch genommen und abgelenkt werden, können sehr dankbare Schüler werden, die sich vor allem eher an das Gebotene konzentrieren und so eine schöne Grundlage zur Weiterbildung legen könnten.

Von größerer Bedeutung noch sind die Anträge, die auf eine Förderung oder Ergänzung der Organisation abzielen. Da wird von nicht weniger als sieben Wahlkreisen gefordert, daß die Zahl der Landesvorstandsmitglieder von drei auf fünf erhöht werde. Einen Nachteil würde die Vermehrung nicht bedeuten, auch in anderen Ländern ist der Landesvorstand zumeist stärker als bei uns besetzt. Man soll sich aber nicht der Meinung hingeben, daß man mit einer Verstäkung allein viel erreichen könnte. In anderen Ländern ist der Landesvorstand vor allem selbständiger und freier in seinen Anregungen und Einschlägen als bei uns, wo die entscheidenden Instanzen eigentlich die zusammenstehenden Bezirksvorstände sind. Es will uns scheinen, daß hier das Problem zu suchen ist. Wenn der Landesvorstand verhärtet wird, dann sollte man ihn auch unabhängig von den Tagungen der Bezirksvorstände machen und diesen mehr die Angelegenheiten ihres Bereichs, dem Landesvorstand aber die das ganze Land berührenden Fragen übertragen, wobei die Bezirksvorstände als Beirat, ähnlich so wie der Parteivorstand in Berlin, mitwirken oder als solcher auch durch die Kreisvorstände erweitert und verstärkt werden könnten. Wenn man die Frage des Landesvorstandes einmal anschaut, sollte man auch diese unseres Stadtiens entscheidende Seite der Sache nicht unerörtert lassen.

Als berechtigt müssen wir auch den Antrag ansehen, der die Wahl der Bezirksvorstandsmitglieder in allen dem Agitationsbezirk angehörenden Wahlkreisen fordert. Ebenso gebietet es die Entwicklung unserer Partei, daß nach einem Antrage der Chemnitz Genossen die wichtigsten Glieder unserer Bewegung in den Bezirksvorständen vertreten sind, damit alle Teile am Stamme der großen Partei eingehend berücksichtigt und nach Gehör gepflegt werden können. Drum laßt Vertreter der Jugendorganisation, der Frauenbewegung und vor allem der Presse in den entscheidenden Parteilinstanzen zu, wenn nicht anders dann wenigstens mit beratender Stimme.

Für eine Beschränkung der Landesversammlung auf den Sonntag und Montag liegt jedoch nach den bisherigen Erfahrungen kein Anlaß vor. Wenn nicht genügend Beratungsstoff vorliegt, würde ohnehin schon eine Beschränkung eintreten. Wir glauben übrigens, daß gerade die Plauer Tagung zeigen wird, wie überlegt der vorerwähnte Antrag ist.

Der Antrag des 23. Kreises, der ein besonderes Blatt verlangt, berührt in zu einseitiger Hervorhebung lokaler Wünsche das wichtige Gebiet der Entwicklung der Parteipresse. Wir sind durchaus der Ansicht, daß zu große Verbreitungsbezirke weder der Entwicklung der Parteipresse noch der Partei förderlich sind. Unsere Presse muß die lokalen Verhältnisse besser berücksichtigen können als bisher. Dabei braucht kein Parteiblatt in seinem lokalen Teile zu totalitärer Herabzufinken. Auch Vorortkommis in Orte sind häufig genug Symptome der Unübersichtlichkeit der herrschenden Gesellschaftsordnung. Das genügt hervorzuhellen, auch die lokalen Vorortkommis und gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zu-

Reichstagsabgeordneter August Raden †

Während des Druckes erhalten wir die telephonische Nachricht, daß unser alter braver Genosse Reichstagsabgeordneter August Raden gestorben ist.

Der Reichstagsabgeordnete A. Raden wurde von dem Geschworenengericht der Rädperberleiung mit tödlichem Ausgang schuldig gesprochen. Der Gerichtshof hob das Urteil aber wieder auf.

In zwei Notizen hat die bulgarische Regierung Österreichs Währungsreform abgelehnt und über die Folgen ihrer Landsteuer durch die Griechen in Mazedonien Klage geführt.

Sammelhänge darzustellen, ist die wichtigste Aufgabe eines guten lokalen Teiles. Vor allem erfordert das weite Gebiet der Kommunalpolitik eine bessere Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse, derart, daß sich die Erfahrungen in der Praxis und die Theorie gegenseitig befruchten und fördern. Je besser wir die lokalen Verhältnisse in der Presse berücksichtigen können, desto eher und leichter werden wir in die uns noch fern liegenden Kreise eindringen, desto intensiver wird die Aufklärung sein.

So sehr uns die Entwicklung auf die Bildung kleiner Verbreitungsbezirke für unsere Parteipresse interessiert, so entschließen wir uns doch auch dazu, daß eine organische Ausbildung der Parteipresse in der angegebenen Richtung erforderlich ist. Vom Stamme des erprobten und geschichteten alten Parteiblattes sollten sich zunächst die nach Selbständigkeit ihrer Presse strebenden Kreise allmählich abspalten, aber so lange mit ihm verbunden bleiben, bis die völlige Selbständigkeit möglich ist. Man richte zunächst eine lokale Redaktion im Wahlkreise ein, nehme schließlich das so geschaffene Kopfbblatt in eigenen Verlag, bleibe aber mit dem Stammbblatt in der Weise verbunden, daß der Druck in einer Druckerei bewerkstelligt und Satz und Zert der Hauptstelle das Mutterblatt übernimmt. So kann man die lokalen Verhältnisse besser berücksichtigen und allmählich zur Selbständigkeit stärken. Eine solche Entwicklung ist in Ostpreußen zur Befriedigung aller Teile in die Wege geleitet worden, so daß jetzt neben dem Stammbblatt noch vier verschiedene Zeitungen existieren, die aber noch alle mit diesem in der eben angezeichneten Weise verbunden sind. Die gewalttätige Abreise aber kann leicht zu Katastrophen führen, dem im Interesse der Partei vorgebeugt werden muß. Das wird auch den Genossen im Wahlkreise Plauen gesagt werden müssen.

Wissen wir, daß die Verhandlungen in Plauen zu gewichtigen Ergebnissen für die Partei führen. Klar und deutlich soll ausgesprochen werden, was man vermehrt und für erforderlich hält. Mit Klugheit und Einsicht möge man über die kommenden Aufgaben beraten. So werden wir auch ferner vorwärts kommen, so wird die Tagung in Plauen zu einer Etappe im Siegeszuge der sächsischen Sozialdemokratie werden. Von diesem Wunsche befehlen wir den Delegierten zu:

Glück auf zur Tagung in Plauen!

Beitzsteuer-, Zuckersteuer- und Reichsitempelfteuergesetz.

Die Volkskommission des Reichstages hat am Freitag die Beratung des Beitzsteuergesetzes fort. Die Nationalliberalen brachten folgende Resolution ein: „Den Herrn Reichstagsabgeordneten zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei der Ausführung des Beitzsteuergesetzes 1. die Reichsbesoldungen zu Reichskonten gemacht und ihre Befugnisse erweitert werden; 2. die Verantwortung nicht den Behörden und Beamten der allgemeinen Verwaltung, sondern besonders Finanz- und Steuerämtern ausgedehnten Beamten übertragen wird.“ Dagegen beantragten die Volkspartei diesen Zusatz: „Dem Reichstag ist alljährlich über die Tätigkeit der Reichsbesoldungen, soweit sie sich auf die Ausführung dieses Gesetzes bezieht, Bericht zu erstatten.“

Genosse Quast brachte zum Ausdruck, daß der Sozialdemokrat das vorliegende Gesetz keineswegs genüge, es aber trotzdem bereit sei, daran mitzuarbeiten, um seine Gestaltung zu beeinflussen. Notwendig und richtig wäre eine Reichsreform der Zuckersteuer. Für die Ziffer 1 des nationalliberalen Antrages und für den sozialdemokratischen Zusatz würden die Sozialdemokraten stimmen. Wegen die Ziffer 2 des nationalliberalen Antrages bestimme zunächst das Bedenken, daß die darin enthaltene Forderung in die Form einer Resolution gefaßt sei, statt in die eines Antrages. Es werde versucht werden müssen, in der zweiten Beratung die in Ziffer 2 enthaltene Forderung in das Gesetz hineinzuarbeiten. Die Annahme des sozialdemokratischen Antrages sei geboten. — Wegen die Stimmen der Konservativen und eines Teiles des Zentrums wurde die nationalliberale Resolution, wie auch der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Zum § 45 des Entwurfes, der den Landesregierungen das Recht gibt, die amtlichen Stellen zu bestimmen zur Veranlagung und Erhebung der Steuer, beantragten die Sozialdemokraten folgenden Zusatz: „Der Bundesrat bestimmt die für die Veranlagung und Erhebung der Beitzsteuer her zu bestimmenden unabhängigen Behörden.“ Dieser sozialdemokratische Antrag gleicht dem, der in das Gesetz über den Beitzbeitrag aufgenommen worden ist. — Reichstagsabgeordneter Kuhn erklärte, die Regierung könne dem Reichstag nicht das Recht zugestehen, daß er einseitig einen Gesetzesentwurf in so tief einschneidender Weise abändere, sonst würde den verbündeten Regierungen die zweite Kam-